

„Briefetal-Bote“ erscheint Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. Bezugspreis beträgt für das Dienstjahr 4 Mark, monatlich 1 Pfennig, einzelne Nummern kosten 7 Pfennig. Nach auswärts Postzuschlag.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birtenwerder, Bahnhof-Allee 6 und von allen Anzeigen-Expeditionen angenommen. Die Jahrgangspostgebühren betragen 6 Pfennig, die Reklamengebühren 70 Pfennig.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birtenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hofjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Telegr.: Briefetalbote, Birtenwerder

einiges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationstraft für den Amtsbezirk Birtenwerder. Bezugspreis für die neungegründete Kleinzeile oder deren Raum 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamengebühren 80 Pfennig. Berechnung in Goldmark zum amtlichen Dollarkurs

Nr. 1. Postfach-Konto: Berlin 62 448. Dienstag, den 1. Januar 1924. Postfach-Konto Berlin 62 448. 23. Jahrg.

Hohen Neuendorf.

Der Gemeindevorsteher macht bekannt: Mietzuschläge.

zur Berechnung der Zuschläge für Müllabfuhr und Entleerung untergeben bei der jeweiligen Mietsache bekanntgemacht, der Tarifunterlagen eines Gemeindevorsteher am 20. Dez. 1923 0,45 G.-M. betrug.

Kurze Nachrichten.

Ab 1. Januar wird die Rentenpfeilg-Marke auch Invaliden- und Angestellten-Versicherung die Militär-Marken abgelöst. Die billige Wochenmarke in der Rentenversicherung kostet 20 Pfennig, der niedrigste Beitrag in der Angestelltenversicherung 1,50 Mark.

Beim Nobelen in den Müggelbergen sind Sonntag 10 Personen verunglückt, darunter zahlreiche Arm- und Blinde.

Die Zahl der Berliner Arbeitslosen ist in der Woche vom 10. bis 15. Dezember um 502 auf 286 839 gestiegen.

Der auf den Stichtag des 27. Dezember berechnete Rohhandel-Jahresertrag gegenüber dem 18. Dezbr. Rückgang um 3,5 pCt., der namentlich durch die Abnahme der Getreide- sowie die Herabsetzung der Kohlenverbrauchs führt worden ist.

Das belgische Kriegsgericht in Aachen verurteilte wegen Eisenbahnanschläge einen Deutschen zu fünfjähriger Zuchthausstrafe und zu einjähriger Gefängnisstrafe. In Abwesenheit wurden zwei weitere zu Zuchthausstrafe verurteilt. Das französische Kriegsgericht in Mainz hat abermals Todesurteile gefällt.

Wie der Pariser „Matin“ berichtet, haben sich Sozialisten gegen die von der deutschen Regierung gewünschte Abänderung des Regimes an der Ruhr erhoben.

Der französische Luftkreuzer „Dixmuiden“ ist vor dem Sinken des Führers wurde in der Nähe der Küste von Flandern aufgeführt.

Der Erbauer des Eiffelturmes, Ingenieur Eiffel, hat sich verstorben.

Englischer Protest in Warschau, Bukarest und Belgrad.

Am 30. Dezember. Das Londoner Blatt Evening Standard hat Nachricht gebracht, daß Lord Curzon in den Hauptstädten des Balkans habe Schritte unternommen gegen die von Frankreich an Polen, Rumänien und Griechenland gegebenen Kredite für Waffen und Munition zu nehmen. In diesem Protest wird ausgeführt, daß diese Staaten, die sie mit Hypotheken belegen, die Rückzahlung ihrer aus dem Kriege an die Alliierten bezogenen Schulden zu leisten hätten, Zahlungen für später entrichtete Schulden zu leisten, sich die Staaten und die Kriegsschulden der früheren kaiserlich-russischen Monarchie zu übernehmen, ohne daß bisher eine Zahlung geleistet worden wäre.

Wieder ein belgischer Doppelmord.

Am 28. Dez. Der Kaufmann Gerbard aus Mühlheim ist nach der Rückkehr von der Jagd von einem belgischen Posten erschossen worden. Begleitend befand sich ein Bergingenieur und Sohn aus Glabbeek, die zu Fuß die Lippebrücke und den dort haltenden Wagen bestiegen. Als von 100 Meter in Richtung Glabbeek fortgefahren der Posten einen Schuß ab. Die Kugel trat den linken Brustkorb, trat an der rechten Seite wieder heraus und drang dann dem vor ihm stehenden in den Rücken. Die beiden Betroffenen wurden sofort in die belgische Behörde besagte Leichen, gab sie aber am nächsten Tage wieder an den Posten zur Abgabe eines Schusses verurteilt, muß noch die nähere Untersuchung ergeben.

Aufbruch in Japan.

Am 27. Dezember. Rentier meldet aus Tokio: Die japanische Regierung ist zurückgetreten. Am Ende verfuhr sie in die Wohnungen des Ministerpräsidenten und des Innenministers Soto einzudringen, der von der Polizei vertrieben. Ein 20-jähriger Junge schloß heute früh an den Brüggen, als sein Auto nach dem Landtag fuhr. Eine Bombe wurde zertrümmert. Der Brüggen blieb

Silvestersput.

Wie stets es an Silbestern war, Laß' heut' ich meine Sorgen, Ich den' nicht mehr, was gestern war, Ich den' nur noch an morgen.

Und als ich in das Punschglas sah Von wegen Schließbesetzung, Da lag die Zukunft vor mir da In magischer Beleuchtung.

Ich sehe Deutschland wieder blüh'n, Zur Prot-Au wird die Rot-Au, Poincaré kommt nach Berlin Und macht vor Ebert sitzen.

Die deutsche Mark wird nicht belächelt Fortan als Randpapiergeld, Wir graben aus dem Hjalmar-Schacht Jetzt richtiges Papiergeld.

Aus sind Konflikt und Strach und Zwist Und all das Puschgetue, Nach manderlei Kahrmaße in ist In München wieder Ruhe.

Büchle zieht man nun ebenfalls, Die Lage nicht zu schärren, Den Löffel, den man um den Hals Dem Deutschen Reich wolft' werfen.

Es brüllt nicht mehr bei rheinischem Wein Der Sonderbändlerbube Sein frohes: „Komm'n Se, Rhein, komm'n Se, Rhein, Rhein in De-gortte-Stube.“

Und die als jämmerliches Pack Dort bestien und dort bestien, Die trauern jetzt in Asch' und Sad — Es ist Matthes am letzten.

Und der Ministerstiefelstiefel, Verschwindet von der Erde, Ein jeder Mann in Deutschland muß Sein eigner Kanzler werden.

Das Geld ist nicht wie einst so rar, Es zählt, uns anzuheuern, Der Reichs-gewährungskommissar Bald jedem Deutschen Steuern.

Wir leben flott jetzt immer weit, Wir haben einzuwerden, Und wir beruhigen uns an Secht, Nur scheint er etwas — trocken.

Wir kommen wiederum in Schwung, Wenn man die Sache so stellt, Und rufen mit Begeisterung: „Prost! Prost! Prost! Prost!“ M. S.

Der Sachverständigenausschuss.

Seine Mitglieder.

Die Reparationskommission in Paris hat die Mitglieder der beiden Sachverständigen-Ausschüsse zur Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit offiziell ernannt.

Der erste Ausschuss, dem die Prüfung des deutschen Staatsbankrotts und die Stellung der Mark obliegt, ist wie folgt zusammengesetzt: England: Sir A. B. Erskine, Direktor der Bank of England, Sir Stamp, Sekretär der Nobel-Werke; Frankreich: der Verwaltung der französischen Hypothekbank Ramentier; Alex. Professor an der Pariser juristischen Fakultät; Italien: der Industrielle Pirelli, der Professor der Finanzwissenschaft an der Universität Bologna Flora; Belgien: Baron Goutart, Bankier und Abgeordneter; Staatsminister Franz.

Der zweite Ausschuss, der mit der Aufführung der deutschen Auslandsguthaben beauftragt ist, enthält folgende Mitglieder: Vereinigte Staaten: Robinson, Präsident der First National Bank in Los Angeles; England: der frühere Reichsfinanzminister Mac Gemma; Frankreich: Laurent-Albani, Direktor der Bank de Paris; Italien: Dr. Alberti, zweiter Generaldirektor des Credito Italiano; Belgien: Janssen, Direktor der belgischen Nationalbank.

Der erste Ausschuss wird sich am 14. Januar versammeln, der zweite Ausschuss am 21. Januar.

Die Vereinfachung der Rechtspflege.

Auf dem Verordnungsweg.

Die dringlichste Reform des Justizwesens durch Vereinfachung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung und des Ermächtigungsgesetzes wird jetzt durchgeführt. Es sind von den dringlichsten Bestimmungen bereits zwei bekanntgegeben worden. Die andern werden folgen.

Auf Grund der ersten Verordnung erhält der Oberstaatsanwalt das Recht, Strafbefehle, für die bis zum Reichsgericht unabhängig ist, wie Landesverwaltungen und Reichsministerien, an ein Oberlandesgericht zu überweisen. Auch das Reichsgericht selbst kann eine beratende Überweisung ausbreiten. Die zweite Verordnung sieht vor, daß

Strafbefehle, für die bisher die Schwurgerichte zuständig waren, den einfachen Strafkammern überwiehen werden, wenn nicht die Tätigkeit der Sondergerichte in Betracht kommt. Die Möglichkeit einer Überweisung an das Schwurgericht bleibt das bei bestehen.

Was die weiter beschriebenen Justizreformen anlangt, die durch Verordnungen in den nächsten Tagen durchgeführt werden sollen, so ist vorgesehen, daß vor dem Beginn eines ordentlichen Strafprozesses das schiedsrichterliche Verfahren erfolgen kann, wenn ein entsprechender Antrag beider Parteien vorliegt. Zu diesem schiedsrichterlichen Verfahren kann von den Parteien auch je ein Laie als Beisitzer beantragt und bestellt werden. Weiter ist die Einführung des sogenannten wertbeständigen Urteils vorgesehen. Bei Verurteilung zu Geldstrafen soll künftig ein wertbeständiger Maßstab, insbesondere die im Umlauf befindlichen Zahlungsmittel, wie Goldmarken und Rentenmark, angelegt werden.

Ferner ist auch eine Verfestigung in der Zahl der Richter geplant, so daß beispielsweise bei Sommer, die jetzt fünf Richter haben, künftig nur drei Richter tätig sein sollen. Wesentlich ist, daß Privatklagen bis auf weiteres überhaupt nicht mehr verhandelt werden sollen, und auch nach dem 1. April n. J. nur mit Einschränkungen. Ferner ist eine Öffnung der Gefängnisse, soweit angängig, geplant. Strafen, die von den Verurteilten abgeleistet werden sollen, wenn es der Einzelfall erlaubt, können unterbrochen und später weiter bezahlt werden.

Anmahnung der Separatisten.

Speyer, 27. Dezember.

Die separatistische „Regierung“ in Speyer hat eine Beschlusssammlung erlassen, wonach am 10. Januar die Auslieferung von Waffen für die Ausreise aus der Pfalz nach dem rechtsrheinischen Deutschland nicht mehr durch die Besatzungsbehörden, sondern durch die Regierung der sogenannten autonomen Pfalz erfolgt und alle früheren Pfandpässe ihre Gültigkeit verlieren.

Rentenmark für Geldstoff verlangt.

Berlin, 27. Dezember. Die Reichsbank nimmt vom 1. Januar 1924 ab Papiermarkzahlungen zugunsten des Geldstoff-Schuldsatzes zur Umwandlung in Rentenmark für Geldstofflieferungen nicht mehr in Empfang, da Rentenmark jetzt ausreichend in Verkehr sind und die Postbehörden seit dem 17. Dezember 1923 Überweisungen an Rentenmark ausführen. Das Geldstoff-Schuldsatz stellt diese zur Vermeidung von Unzulänglichkeiten mit und weist darauf hin, daß das Schuldsatz bei Reichsbank und Postbehörden sowie bei den in Wechselmark belassenen Banken Rentenmark-Konten unterhält.

Volle Friedensunterstützung am 1. Januar?

Berlin, 27. Dezember. Über die neuen Steuerpläne des Reichsfinanzministeriums wurden vor einiger Zeit Mitteilungen veröffentlicht und angekündigt, daß binnen kurzem eine dritte Steuerreform erlassen werden sollte. Einzelheiten dieser Steuerreform blieben unbekannt, aus parlamentarischen Kreisen kommen Mitteilungen, die schon die einseitige Anhebung von Steuern, die die Pläne des Reichsfinanzministeriums vorerst einschneidender Bedeutung seien. Es soll verboten werden, daß Klagen über die Forderungen an Reichsbank aufgeworfen werden dürfen. Auch soll zum 1. Januar bereits die volle Friedensunterstützung eingeführt werden. Behauptung bleibt abzuwarten.

Schwarzweissfälscher entdeckt.

Görlitz, 27. Dezember. Die Kriminalpolizei entdeckte hier eine Schwarzweissfälscherei, in der falsche Schwarzweissungen des Deutschen Reiches zu 21 Goldmark angefertigt wurden. Au der Verhaftung waren der Bekannte Lehmann, dessen Ehefrau, die Kaufleute Sander und Wajser von hier und der sächsische Staatsangehörige Brutsche aus Leipzig in Böhmen beteiligt.

Fran Abgeordnete Pochmann gestorben.

Lititz, 27. Dezember. Während der Weihnachtsfeierlage in die Landtagsabgeordnete Frau Margarete Pochmann (Deutsche Volkspartei) im Alter von 68 Jahren gestorben.

Retrouvailles in Korperien.

Teheran, 27. Dezember. Die amerikanische Gesandtschaft hat mit der persischen Regierung ein Abkommen getroffen, wonach ihr die Ausbeutung der Petroleumfelder vier von fünf Nordprovinzen Persiens für die Dauer von Jahren übergeben wird.

Birkenwerder.

Wegen des Neujahrstages erscheint nächste Nummer unseres Blattes am Freitag mittag. — Bestellungen werden von den Post-Briefträgern sowie in der Hauptgeschäftsstelle in Zeitung nach täglich angenommen.

* Prot-Berichtungsabgabe. Als zweiter Teil der Prot-Berichtungsabgabe ist bis zum 2. Januar 1924 das Einkommenssteuerverfahren des nachgehenden Zwangsbeitrages zu ermitteln.

* Pfand. Von einem im hiesigen Sanatorium gestellten Auto ist vor einigen Tagen eine sehr wertvolle Leuchte gestohlen worden. Der Dieb ist bisher noch nicht ermittelt.

* Von der Post. Die Verpostungsbefehle werden mehr vom Justizler eingezogen. Sobald die Gebührenden Teilnehmer eine gewisse Höhe erreicht hat, erhält der Teilnehmer eine Benachrichtigung (s. Zt. ein roter Zettel), die gleich